

L.-E. will Jugend am politischen Leben beteiligen

Leinfelden-Echterdingen. Die Verwaltung prüft ein Konzept, das Jugendlichen die Chance zur Mitbestimmung bietet. *Von Tim Höhn*

Es ist eine schwierige Beziehung zwischen der Jugend und der Politik. Einerseits beweisen Umfragen, dass sich junge Leute für politische Themen interessieren, sich engagieren möchten, klare Meinungen haben. Andererseits: Eine passende Form, sie am politischen Leben zu beteiligen, ist noch nicht gefunden. Die Jugend stürmt und drängt, hat Visionen. Aber gerade Lokalpolitik ist oftmals zäh. Es geht selten ums große Ganze und häufig um Details, und abendfüllende Gremiensitzungen sind für junge Frauen und Männer offenbar wenig attraktiv. Eines der Hauptprobleme aller Parteien ist es, junge Menschen zur Mitarbeit zu bewegen.

Leinfelden-Echterdingen sucht die passende Form. Im Kommunalwahlkampf hatte Oberbürgermeister Roland Klenk angekündigt, Jugendliche stärker an Entwicklungen zu beteiligen – etwa an der Reform der Jugendarbeit. Wie dies geschehen soll, wird derzeit verwaltungsintern geprüft. Andere Kommunen setzen auf Jugendgemeinderäte. Dass auch L.-E. diesen Weg geht, will Klenk nicht ausschließen. Aber: „Der Aufwand ist enorm und der Nutzen oft ziemlich gering“, sagt er. Zumal die Jugendräte dann doch nichts zu entscheiden hätten. „Ich kenne keine Stadt, die mit ihrem Jugendgemeinderat rundum glücklich ist.“ L.-E. wird es wohl mit einem alternativen

Modell versuchen. Vorstellbar wäre laut Klenk, einer Gruppe von Jugendlichen ein Budget zu überlassen – im Gespräch ist ein Betrag von 50 000 bis 60 000 Euro, der vermutlich aus anderen Bereichen der Jugendarbeit umgeschichtet würde. Die Mitglieder könnten an den Schulen gefunden werden, vor allem unter den Vertretern der Schülermitverantwortung (SMV). Sie sind bereits gewählt und besitzen somit die not-

wendige Legitimation. Noch ist das Konzept nicht ausgereift, aber ein Kernpunkt steht: Die Jugendlichen sollen selbst entscheiden, wofür sie das Geld ausgeben – beispielsweise für Vortragsveranstaltungen, Kultur- oder Integrationsprojekte. Denkbar wäre auch, dass die Gruppe einen Sozialarbeiter für die Schulen finanziert. Klenk: „Wichtig ist, dass sie lernen, verantwortungsvoll mit ihrem Etat umzugehen.“

An den Schulen selbst stößt der Vorschlag auf offene Ohren. Von einer „sehr guten Idee“ sprechen Hanna Tiefenbacher und Marius Kümmerle, zwei der vier Schülersprecher am Immanuel-Kant-Gymna-

sium in Leinfelden. Schließlich wisse die Schülermitverantwortung genau, was die Jugend denkt und braucht. Sorgen, dass der Etat vergeudet werde, seien unnötig. „Wir würden uns gar nicht trauen, über Ausgaben leichtsinnig zu entscheiden“, sagt Marius Kümmerle. Noch sei das Interesse der Schüler an kommunalen Themen gering, aber Potenzial sei vorhanden. „Der erste Schritt ist, dass die Jugendlichen merken, dass sie etwas bewegen können.“ Ähnlich beurteilt Hanna Tiefenbacher die Chancen: „Wenn die Stadt anfängt, die Jugend zu beteiligen, fruchtet das auch“, sagt die 18-Jährige.

Mit gemischten Gefühlen sieht Jens Zellmer den Vorschlag des Oberbürgermeisters. Seit der Kommunalwahl sitzt Zellmer für die SPD im Gemeinderat. Er ist mit 29 Jahren das mit Abstand jüngste Mitglied des Gremiums und würde sich selbst mehr Engagement seiner Altersgenossen wünschen. „Die Jugendgemeinderäte haben oft nur eine Alibifunktion und sollen zeigen, dass man sich um die Anliegen der jungen Leute kümmert“, sagt er. „Tatsächlich passiert dann aber oft nicht mehr, als dass die Mitglieder zusammen Pizza essen.“ Klenks Initiative gehe grundsätzlich in die richtige Richtung. „Aber das klingt ein wenig nach Aktionismus“, sagt Zellmer. Er schlägt vor, zunächst einmal Schulklassen in die städtischen Gremiensitzungen einzuladen. „Sobald die Menschen erkennen, dass es in der Politik um ihren eigenen Vorgarten und ihre Interessen geht, sind alle interessiert – auch Jugendliche.“



Schüler des Immanuel-Kant-Gymnasiums bei einer Diskussionsveranstaltung mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Rainer Arnold.

Foto: Tim Höhn